

# **Familie Görtz trennt sich von Unternehmen, Digitale Patientenakte und elektronisches Rezept, Mindestlohn-Anhebung auf 14,13 Euro?**

## **Familie Görtz trennt sich von Unternehmen**

Johann Ludwig Görtz eröffnete 1875 im Hamburger Stadtteil Barmbek ein Schuhgeschäft. Darauf wurde bis heute eine bundesweit bekannte Schuhhandelskette im Besitz der Familie Görtz, mit zeitweise 160 Filialen und dreistelligem Millionenumsatz. Doch nun heißt es für die Unternehmerfamilie Abschied nehmen: Im Rahmen des Schutzschirmverfahrens, das im September 2022 eröffnet wurde und sich gegenwärtig auf der Zielgeraden befindet, gibt Familie Görtz sämtliche Anteile am gleichnamigen Unternehmen ab und scheidet beinahe 150 Jahre nach der Gründung aus dem Gesellschafterkreis aus. Die Förderhin GmbH übernimmt 100 Prozent der Anteile an der Schuhhandelskette. ([Manager Magazin](#))

## **Digitale Patientenakte und elektronisches Rezept**

Gute Nachrichten für das deutsche Gesundheitssystem: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat dazu am Donnerstag (09.03.2023) eine Digitalstrategie vorgestellt. Die dazu nötigen Gesetze sollten möglichst bald folgen. Ein Digitalgesetz soll die modernen Verfahren in der Patientenversorgung voranbringen, etwa durch die Einführung einer elektronischen Patientenakte (ePA), eines E-Rezepts, einer digitalen Identifizierung der Versicherten und zahlreicher Austauschwendungen wie des „Medizinischen

Messengers“ und anderer Apps. Minister Lauterbach hat als Ziel ausgegeben, dass das E-Rezept zum 01. Januar kommenden Jahres verpflichtender Standard und in der Nutzung stark vereinfacht wird. Die ePA soll ab Ende 2024 verpflichtend sein. Im darauf folgenden Jahr erwartet er, dass 80 Prozent der Versicherten eine solche Akte haben. Mehr dazu [hier](#). ([Frankfurter Allgemeine Zeitung](#))

### **Mindestlohn-Anhebung auf 14,13 Euro?**

Nach Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde vor fünf Monaten hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) eine weitere Erhöhung um mehr als zwei Euro zum nächsten Jahreswechsel gefordert. Der Mindestlohn sollte auf mindestens 14,13 Euro steigen. Die bisherige Erhöhung war ein zentrales Versprechen der Sozialdemokraten im vergangenen Bundestagswahlkampf. Die SPD zeige sich mit Blick auf viele überschuldete Privathaushalte offen für weitere Entlastungen. ([Welt Online](#))